

Presseinformation

Nr. 402 / 2012

Kiel, Mittwoch, 24. Oktober 2012

Kultur / Theater Lübeck

Anita Klahn: Seien Sie ehrlich, Frau Ministerin!

Zum heute (24. Oktober 2012) in den Lübecker Nachrichten veröffentlichten Artikel „Hiobsbotschaft: Land gibt kein Extra-Geld für Lübecks Theater“ erklärt die kulturpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Gerade einmal zwei Monate ist es her, dass Kulturministerin Anke Spoorendonk auf Antrag der FDP-Landtagsfraktion über die Zukunft der schleswig-holsteinischen Theater im Plenum berichtet hat. Damals nährte sie die durch den Koalitionsvertrag ausgelösten Hoffnungen auf eine Erhöhung der Theatermittel noch, indem sie sagte:

„Ich halte eine Wiedereinführung einer Dynamisierung im Finanzausgleichsgesetz (FAG) für den Fortbestand der gut aufgestellten Theater für zwingend.“¹

Diese Hoffnungen sind nun zerstört. Anstatt die Kulturschaffenden weiter zu vertrösten und eine Erhöhung des Zuschusses ‚eventuell‘, ‚vielleicht‘ fürs übernächste Jahr anzukündigen, sollte die Ministerin ehrlich sein. Die Wahrheit ist, dass die vom Kabinett beschlossenen Ausgabensteigerungen der Landesregierung bereits jetzt bis an die Grenze des Zulässigen gehen und es daher im darauffolgenden Jahr noch schwieriger werden wird, zusätzliche Mittel für die Kulturförderung einzuplanen“, so Klahn weiter.

„Nicht nur das Lübecker, auch die übrigen Theater in Schleswig-Holstein müssen sich angesichts der Finanzpolitik der Landesregierung künftig eher auf einen größeren Stellenabbau einstellen. Wie aus dem Haushaltsentwurf 2013 ersichtlich, verbleiben die Zuwendungen auf dem Niveau der letzten Jahre. Insbesondere die Frage des Theaters Schleswig bleibt weiter im Unklaren.

Dies zu sagen, wäre schmerzhaft aber fair gewesen. Das Land hat mehr als pastorale Worte und haltlose Versprechungen verdient“, so Anita Klahn.



Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

www.fdp-sh.de

¹ Vgl. Plenarprotokoll der 4. Sitzung am 22. Aug. 2012, S. 138.